

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 45 (1998)
Heft: 6

Artikel: Alleingang ist keine Zukunftslösung
Autor: Reinmann, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-369024>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Botschafter Edouard Brunner vor dem Sicherheitspolitischen Forum Zentralschweiz

Alleingang ist keine Zukunftslösung

Sehr viel Militär, viel politische Prominenz und Verantwortungsträger verschiedenster Couleur waren am 4. Mai dabei, als alt Botschafter Edouard Brunner, Präsident der Studienkommission für strategische Fragen, vor dem Sicherheitspolitischen Forum Zentralschweiz in Luzern zu Eckpfeilern des «Berichtes Brunner» Stellung nahm. Ist die Schweizer Sicherheitspolitik ein Sonderfall mit Zukunft? lautete die Frage. Die Antwort ist ein klares Nein. In sicherheitspolitischen Fragen kann der Alleingang keine Lösung sein.

EDUARD REINMANN

Die Studienkommission war keine Expertenkommission, sondern repräsentierte einen breiten Querschnitt durch das Schweizervolk, stellte Brunner gleich einleitend klar. Und mit einem Augenzwinkern: «In der Kommission hatten neun Frauen, drei Sozialisten und zwei Pazifisten Einsitz. Und trotzdem wurde der Bericht mit vierzig gegen eine Stimme verabschiedet.» Es hätten zwar Kompromisse gemacht werden müssen. Trotzdem habe der Bericht Substanz.

Keine bösen Nachbarn mehr

Der Bericht sei geprägt von einer grundlegend veränderten Situation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, betonte Brunner. Heute sei die Schweiz in einem ausgedehnten Sicherheitsraum positioniert, zögere jedoch, die Konsequenzen aus der neuen Lage zu ziehen. Zwar könnte auch heute die Schweiz indirekt von Konflikten tangiert werden, aber es sei das erste Mal in der Geschichte unseres Landes, dass Nachbarn nicht als potentielle Angreifer in Betracht kämen. Selbst Russland suche den Konsens. Und sollte es in diesem Land zu einem drastischen Umschwung kommen, sei nach Überlegungen, die auch in anderen Staaten angestellt würden, immer noch eine Vorwarnzeit von zehn Jahren gegeben. Dieser «geradezu fahrlässig optimistischen Beurteilung» konnten sich etliche Militärs im Saal allerdings nicht anschliessen. «Wann beginnt denn überhaupt die Vorwarn-

zeit?» wurde gefragt. Brunner plädierte unter dem Aspekt, dass die Nachbarländer der Schweiz eine gemeinsame Sicherheitspolitik betreiben, für vermehrte internationale Zusammenarbeit, zumal verschiedene Institutionen zur langfristigen Friedenssicherung im Aufbau sind und immer stärker zum Tragen kommen. Gegen Terrorismus oder Raketenangriffe zum Beispiel biete ohnehin nur internationales Zusammenwirken Schutz. Allerdings sei ein Beitritt zur Nato vorerst weder realistisch noch politisch machbar.

Ein Solidaritätskorps

Die Schweiz müsse sich engagieren und solidarisieren, empfahl Brunner eindringlich. Beides müsse jedoch auch nach aussen sichtbar gemacht werden. Als Leitidee schwelbt der Kommission ein Schweizer Solidaritätskorps mit rund 1500 Angehörigen vor, das für Rettungs- und Friedeneinsätze in Betracht kommt. Das Solidaritätskorps soll jedoch keine «aufgewärmte» Blauhelmvorlage sein. «Diese Idee ist passé», sagte Brunner. Ihm schwelbt vielmehr eine sehr eigenständige, der Armee unterstellte Formation vor, die sich selber schützen kann und über eigene Transportmittel verfügt. Zur Bewaffnung dieser Truppe meinte Brunner, es gehe nicht um eine Kampftruppe, sondern um die Wahrung der Unabhängigkeit dieser Truppe von anderen. Im vergangenen Jahr hätte das Solidaritätskorps anlässlich der Hilfs-

FOTO: ARCHIV SZSV



Botschafter Edouard Brunner hatte am 4. Mai in Luzern keinen leichten Stand.

mission der OSZE in Albanien gute Dienste leisten können, und die Schweiz hätte auch gerne mitgewirkt. Nur sei die Aktion so gut wie abgeschlossen gewesen, bis die Schweiz alle Vorbereitungen getroffen hätte. Der Gedanke an ein Solidaritätskorps hat offenbar auch auf höchster Ebene Fuss gefasst. Jedenfalls sollen zwischen den Departementen Ogi und Cotti bereits Gespräche zwecks Abgrenzung zum Schweizerischen Katastrophenhilfskorps geführt werden.

Innere Sicherheit in Gefahr

Sehr lebhaft war die anschliessende Diskussion, der sich Brunner mit viel Charme, Witz und Esprit stellte. Einbrisantes Thema war die Frage nach der inneren Sicherheit unseres Landes, die zunehmend von der Korruption in Russland und der bald im ganzen Westen allgegenwärtigen russischen Mafia bedroht ist. Unsere relativ schwachen Polizeikräfte sind diesen neuen Bedrohungen nicht gewachsen. Brunner hielt diesbezüglich mit seiner Meinung nicht zurück. Er wünscht sich mehr Polizei oder die Hilfe der Armee. Brunner: «Der erste Auftrag des Staates ist die Sicherheit seiner Bürger. In unserem Land ist die innere Sicherheit jedoch in Gefahr, und niemand tut etwas dagegen.»

Die Rolle der Armee

Im Bericht Brunner wird unter anderem die Reduktion der Armee angeregt. Das heisst, dass sich die Schweiz auf eine Kaderarmee konzentrieren muss mit einer Teilprofessionalisierung als eine der Konsequenzen. Dies ist jedoch eine politische Frage. Im armeelastigen Plenum war dies ein Reizwort. Die Armee müsse auf ihre Kernaufgaben zurückgeführt werden, wurde gefordert. Und dem Zivilschutz seien seine Aufgaben zu belassen. Als im Verlauf der weiteren Diskussion der Kommission Einseitigkeit sowie UNO- und EU-Lastigkeit vorgeworfen wurde, geriet Brunner doch etwas in Rage. Und auf die Frage, was in Zukunft anders laufen würde ohne den «Bericht Brunner», musste der sonst sehr wortgewandte alt Botschafter die Antwort schuldig bleiben. «Ich hoffe, dass etwas hängen bleibt», bemerkte er etwas unschlüssig. □